

Regierung hält trotz Kritik der Studie von Zukunft.li an Wirtschaftsförderungen fest

Die Studie schlägt vor, die Staatsbeiträge für Liechtenstein Finance sowie die Förderchecks zu streichen. Die Regierung hält dagegen.

Sina Thöny

Eine neu veröffentlichte Studie der Stiftung Zukunft.li untersucht die Effizienz von staatlichen Förderbeiträgen anhand von zehn Beispielen. Das Ergebnis: Bei sechs müsse nachgebessert werden, drei empfiehlt die Studie zur Abschaffung und nur bei einer Förderung – den Stipendien – sieht sie aktuell keinen Handlungsbedarf. Bei gleich zwei Förderbeiträgen für die Wirtschaft würden die Studienautoren den Rotstift ansetzen: Der staatlichen Unterstützung für Liechtenstein Finance von 331 000 Franken sowie für Export-, Digital- und Innovations-Förderchecks in der Höhe von 263 000 Franken. Bei beiden staatlichen Förderungen sei die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Staat Aktivitäten finanziert, welche auch ohne staatliche Unterstützung umgesetzt werden würden. Neben diesen Mitnahmeeffekten könne auch nicht ausreichend belegt werden, dass die eingesetzten Mittel ihren Zweck erfüllen. Die Regierung will aber trotz dieser Kritik an beiden Förderbeiträgen festhalten, wie sie auf Anfrage mitteilt.

Studie als Anlass, «nochmals vertieft hinzuschauen»

Rund 40 Prozent des betrieblichen Aufwands, also etwa 435 Millionen Franken, gibt der Staat jährlich für Förderbei-



Am Montag präsentierte die Stiftung Zukunft.li ihre neue Studie.

Bild: Daniel Schwendener

träge aus. Gemäss der Studie von Zukunft.li seien die Ausgaben in diesem Bereich in den letzten Jahren stärker angestiegen als das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Die Förderbeiträge seien teils historisch gewachsen und hätten sich zu komplexen Systemen mit Doppelspurigkeiten, widersprüchlichen Wirkungen und so gut wie keiner systematischen Überprüfung entwickelt. Dem widerspricht die Regierung auf

Anfrage: Im Rahmen des jährlichen Budgetprozesses, durch Zielvorgaben in Leistungsvereinbarungen oder regelmässigen Statusberichten würden die staatlichen Beitragsleistungen bereits heute regelmässig überprüft werden. «Die Studie kann Anlass bieten, dies noch einmal vertieft anzuschauen», räumt das Ministerium für Präsidiales und Finanzen ein. Die Regierung verfolge bereits heute einen verantwortungsvollen und

haushälterischen Umgang mit staatlichen Mitteln. Allfällige Massnahmen müssten nach der Prüfung mit Blick auf die Einbettung in das grosse Ganze gezogen werden: «Am Ende geht es immer darum, dass wir die Mittel haushälterisch und mit dem grösstmöglichen Effekt einsetzen, dabei aber die oberste Aufgabe unseres Staates gemäss der Verfassung nicht vergessen: die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt.»

Auf einer allgemeinen Ebene schlägt die Studie zur Verbesserung der Transparenz die Einführung einer Datenbank mit allen Förderbeiträgen vor. Dafür sieht die Regierung keine Notwendigkeit, da die Beitragsleistungen in der Landesrechnung sowie den entsprechenden Berichten schon ausgewiesen seien. Eine zusätzliche Datenbank sei mit bürokratischen Mehraufwand verbunden, ohne dass ein Mehrwert ersichtlich sei. Auch von der empfohlenen Sunset-Klausel, eine Art Verfallsdatum für alle Förderbeiträge, hält die Regierung wenig. Wie die Datenbank würde dies mehr Bürokratie verursachen und manche Beiträge hätten bereits heute eine zeitliche Befristung.

Wirtschaftsbeiträge regelmässig überprüft

Zwei grosse staatliche Zahlungen für Unternehmen und den Finanzplatz, die Förderchecks sowie Liechtenstein Finance, empfiehlt die Studie, abzuschaffen. Insgesamt könnte der Staat damit rund 600 000 Franken pro Jahr sparen. Bei den Förderchecks für Export, Digitalisierung und Innovation urteilt die Studie: «Insgesamt überwiegen bei den Förderchecks die Risiken von Mitnahmeeffekten, Wettbewerbsverzerrungen und ineffizientem Mitteleinsatz.» Eine Analyse dieser Checks im Jahr 2025 hät-

te aber gezeigt, dass dieses Instrument einen wichtigen Beitrag zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen leisten würde, hält die Regierung dagegen. Nach der Erfahrung der Praxis der letzten Jahre wären einige Punkte angepasst worden. Doch die Regierung habe sich erst vor Kurzem für die Weiterführung dieses Instruments entschieden, heisst es aus dem Ministerium. Bei dem Staatsbeitrag für den Verein Liechtenstein Finance, welcher gemäss der eigenen Webseite «Informationsarbeit zu den Besonderheiten und Stärken des Standortes» leiste, ortet die Studie gar Staatsversagen: Denn bei einer hohen Wahrscheinlichkeit von Mitnahmeeffekten sei die Wirksamkeit hingegen unklar. Doch auch an diesem Beitrag will die Regierung weiterhin festhalten. Sie halte Liechtenstein Finance für eine wichtige Institution, welche einen grossen Beitrag zur Reputation des Landes im Ausland beisteuere. Die Geschäftsführung des Vereins betont auf Anfrage, dass regelmässig Informationen zur Wirksamkeit und Zielerreichung rapportiert werden. Diese Daten seien in der Studie nicht berücksichtigt worden. Liechtenstein Finance stehe für einen erfolgreichen Schulterschluss zwischen Staat sowie Wirtschaft und schaffe einen messbaren Mehrwert für den gesamten Standort.